

**Bernd Röttger (Braunschweig)**

## **Demokratisierung regionaler Wirtschafts- und Strukturpolitik als Krisenantwort?**

### **Gewerkschaftliche Initiativen seit den 1970er-Jahren auf dem Prüfstand<sup>1</sup>**

*Der Beitrag untersucht historisch vergleichend gewerkschaftliche Krisenregulierungen in den Regionen: Forderungen nach Rüstungskonversion und gesellschaftlich nützliche Produkte in den 1970er- und 1980er-Jahren, Beteiligungen an regionaler Clusterpolitik in den 1990er-Jahren und neue Ansätze zum demokratischen Umbau des sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells in der jüngsten Krise des Kapitalismus. Die Befunde zeigen, dass gewerkschaftliche Alternativen oft in „Integrationslogik“ kapitalistischer Modernisierung verwandelt werden konnten. Gewerkschaften können sich immer weniger der bestehenden institutionellen Konfigurationen regionaler Politik bedienen, sondern müssen durch autonome Praktiken „von unten“ die Bedingungen immer wieder neu herstellen, die demokratische Alternativen in den Regionen erst ermöglichen.*

*Keywords: Kapitalismus, Gewerkschaften, kapitalistische Regulation, Clusterpolitik, Demokratisierung, Konversion  
Capitalism, trade unions, capitalist regulation, cluster politics, democratization, economic conversion*

Jede ökonomische Krise des Kapitalismus ist das Ergebnis „zum Eklat“ (Marx) getriebener Widersprüche der ihr vorausgehenden Prosperitätskonstellation. Und jede historisch-konkrete Krise hat ihre spezifischen räumlichen und regionalen Ausformungen. Während die Krisen der 1970er und 1980er-Jahre aufgrund endogener Erosionstendenzen des fordistischen Wachstumsmodells in den kapitalistischen Zentren und einer durch Industrialisierung sog. Newly Industrialized Countries bewirkten Verschiebung in der Weltarbeitsteilung vor allem arbeitsintensive und standardisierte Branchen (Textilindustrie, Stahl, Schiffbau) in die Krise stürzte, war die durch den Zusammenbruch von *Lehman Brothers* im Herbst 2008 eingeleitete Rezession vor allem das Ergebnis einer durch massive Umverteilung „von unten nach oben“ gespeisten Spekulationsblase, deren Platzen den auf Verschuldung basierten „privatisierten Keynesianismus“ (Crouch 2009) beendete und vor allem die Wirtschaftsregionen, in denen exportabhängige Industrien etwa des Automobil- und des Maschinenbaus siedelten, in den Sog der Krise zog. Gestützt auf eine restaurative Krisenpolitik, für die die Krise dann als überwunden galt, wenn der vorherige Zustand wiederhergestellt ist, und politische Programme zur Rettung der Banken und zur Rekonstruktion von „Vertrauen in die Finanzmärkte“ kamen demgegenüber die *Global Cities*, in denen das Finanzkapital reüssiert, glimpflich davon.

Im Unterschied zur ausbrechenden Krise des fordistischen Entwicklungsweges der 1970er-Jahre, traf die Krise im Jahr 2008 auf keine starke ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung mehr. Kann die Krise der 1970er-Jahre auch als Prozessresultat erfolgreicher Kämpfe der Lohn-

abhängigen um die Redistribution von Einkommen und Macht begriffen werden, gilt für die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus im 21. Jahrhundert das Gegenteil. Der Kapitalismus hat sich in seine Krise manövriert, ohne dass es einer „relativen Prosperität der Arbeiterklasse“ bedurfte, die Marx noch vor Augen hatte. Deren Kämpfe deutete er im zweiten Band des *Kapital* als „Sturmvogel der Krise“ (MEW 24, 410). Die jüngste Periode kapitalistischen Wachstums setzte aber vielmehr die Schwächung der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung voraus. In den Betrieben war es schon länger nicht mehr gelungen, die gewaltige Umverteilung zugunsten des Kapitals zu verhindern. Die durch diese Umverteilung gespeiste „Plethora des Kapitals“ sah sich aufgrund geringer Renditen produktiver Investitionen gezwungen, die „Bahn der Abenteurer“ zu betreten und zu spekulieren, wie Marx im dritten Band des *Kapital* formuliert (MEW 25, 261). Zugespitzt ließe sich behaupten, dass gerade die Schwäche der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung die gegenwärtige Krise des Kapitalismus (mit) verursacht hat: Der organisierten Arbeiterklasse ist es nicht gelungen, in den tarifpolitischen Auseinandersetzungen den Geldhahn abzdrehen, aus dem sich die spekulativen Blasen speisten, oder durch strukturelle Interventionen jene industriellen Spezialisierungsprofile zu verändern, die deutlich auf den Export ausgerichtet sind.

Es überrascht daher kaum, dass die Gewerkschaften, die im Krisenprozess des Fordismus noch als gewichtige Akteure auch neue demokratische politische Arenen der Krisenbearbeitung nicht zuletzt auch auf der regionalen Ebene mit konstituieren konnten, in der jüngsten Krise des Kapitalismus zwar als Akteure der Krisenbewältigung rehabilitiert wurden, jedoch auf ihre Funktion als „Hüter industrieller Wettbewerbsfähigkeit“ oder als „Experten für sozialverträglichen Beschäftigungsabbau“ reduziert blieben. Von eigenständigen gewerkschaftlichen Ansätzen der Krisenpolitik scheinen sie heute weit entfernt. Und dies obwohl sich zunehmend – weit über die kapitalismuskritischen und gewerkschaftlichen Kräfte hinaus – die Erkenntnis durchsetzt, dass eine tatsächliche Überwindung der ökonomischen Krise nicht nur von der Herausbildung neuer Formen der politischen Regulation insbesondere der Finanzmärkte, sondern auch von der Durchsetzung ökologischer Formen der Produktionsmodernisierung abhängt.

Mit diesem Verweis auf die *Notwendigkeit* der *Konversion des ökonomischen Entwicklungspfad*es ist aber noch nichts über die Herrschaftsverhältnisse in Betrieb und Gesellschaft ausgesagt, unter der Konversion *wirklich* prozessieren könnte. Konversion ist somit bislang mehr Rhetorik als gewerkschaftliches Programm, alltägliche Interessenpolitik oder gar demokratisch-sozialistische Transformationsrealität. Mit der in der Krise neu aufgeworfenen Konversionsfrage aber wird auch die regionale Frage für die Gewerkschaften (wieder) relevant. Sie hat Tradition. Die kritischen Beobachter der Turiner Rätebewegung, Antonio Gramsci und Palmiro Togliatti, machten 1919 beispielsweise deutlich, dass sich unter den Losungen *Alle Macht in den Betrieben den Betriebskomitees* und *Alle Macht im Staat den Arbeiter- und Bauern-Räten* die Möglichkeit eröffnet, in den Stadtbezirken „ein Komitee von Fabrikdelegierten aufzustellen, welchem Vertreter des gesamten Arbeitskomplexes (Arbeiter, Angestellte, technische Kräfte) angehören. Im Komitee des Stadtbezirks müsste man darauf orientieren, auch Delegierte anderer Kategorien von Werktätigen einzubeziehen, die im Stadtbezirk wohnen: Kellner, Kutscher, Straßenbahner, Eisenbahner, Straßenkehrer, Privatangestellte, Verkäufer, usw.“ (L'Ordine Nuovo, 21.6. 1919, in: Gramsci 1980, 41).

Forderungen nach demokratischen Aneignungsformen in der Region waren und sind in der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung immer latent vorhanden. Im Folgenden werde ich in Umrissen deren wechselhafter Geschichte am Beispiel der regionalen Gewerkschaftsstrategien in der Bundesrepublik Deutschland seit der Krise des Fordismus nachgehen. Die

empirischen Befunde basieren auf zwei von der Hans Böckler Stiftung zwischen 2001 und 2007 in enger Kooperation mit lokalen Gewerkschaftsgliederungen durchgeführten Forschungsprojekten. In beiden wurde vergleichend der Frage nach der Wirkungsmächtigkeit regionaler Gewerkschaftsstrategien nachgespürt: zum einen in gewerkschaftlichen Beteiligungen an regionaler Clusterpolitik (Dörre/Röttger 2006), zum anderen in Antworten auf die Erosion betrieblicher Bindungskraft des Flächentarifvertrages (Candeias/Dörre/Röttger 2011). Theoretisch wurde das Repertoire gewerkschaftlicher Handlungsstrategien regulationstheoretisch im Gefüge von regionalen Konkretisierungen des Verhältnisses von Akkumulation und Regulation analysiert. Die im Text zitierten Interviews entstammen dieser Forschung. Der folgende Text versucht, die Erfahrungen aus dieser empirischen Forschung für eine strategische Neuorientierung der Gewerkschaftspolitik ‚im Zeichen der Krise‘ – der gewerkschaftlichen Organisation und des Kapitalismus – fruchtbar zu machen. In einem ersten Block stelle ich Entstehung, Anspruch und Wandel gewerkschaftlicher Regionalstrategien dar; in einem zweiten Block diskutiere ich die demokratiepolitischen Konsequenzen dieser Erfahrungen für eine Erneuerung der Gewerkschaftspolitik.

## **I. Die politische Konstitution der regionalen Arena – und ihr Wandel**

Im restaurierten Kapitalismus der sog. Nachkriegsordnung galt politische Regulation auf kommunaler und regionaler Ebene den politischen Machteliten noch als Ausdruck eines schlummernden „Kulturbolschewismus“ (Ludwig Erhard). Das änderte sich erst mit der Verschärfung regionaler Disparitäten seit dem Ende der fordistischen Prosperität. Die Intensivierung regionaler Branchen Krisen in der Weltwirtschaftskrise 1974/75 spülte lokale politische Organisationen in die Funktion von politischen Arenen, in denen nicht nur zentralstaatliche Vorgaben in politischer Verwaltung umgesetzt, sondern auch eigenständige politische Krisenstrategien erprobt wurden. Oft waren diese Ansätze mit Demokratisierungsforderungen verknüpft: „[R]egionale Wirtschafts- und Strukturräte“ sollten eine demokratische Kontrolle kapitalistischer Krisenbewältigung ermöglichen.

Infolge des gleichzeitigen Umbaus des ordoliberalen zu einem „keynesianischen Staat“ Ende der 1960er wurden zunächst in den Regionen oft die korporatistischen Arrangements zwischen Kapital, Arbeit und Staat noch verstärkt. Gerade in den altindustriellen Krisenregionen, die zugleich Hochburgen der Gewerkschaftsmacht waren, bildete sich „ein politisches Kartell zur erfolgreichen, d.h. sachadäquaten und sozialkonsensualen Bewältigung der Krisenfolgen“ (Esser/Fach/Väth 1983, 54). Mit verstärkter Hinwendung des nationalen bürgerlichen Staates zu einer Agentur der „Modernisierung der Volkswirtschaft“ (Hauff/Scharpf) in den zweiten Hälfte der 1970er-Jahre avancierte „Gesundshrumpfen“ zur geheimen Lösung der nationalen Wirtschaftspolitik. Der sich um die Krisenbranchen formierende Klassenkompromiss wurde sukzessive ausgehebelt.

### **1. Rüstungskonversion und Demokratisierung zu Beginn der 1980er-Jahre**

Diese Entwicklung eröffnete eine erste gewerkschaftliche Praxisphase demokratischer Organisation regionaler Wirtschafts- und Strukturpolitik. Sie nahm in der – stark von Rüstungsaufträgen abhängigen – Schiffbauindustrie ihren Ausgang, in der Modelle „alternativer Produktion“ als Ansätze einer „Rüstungskonversion“ entwickelt wurden.

Den entscheidenden Referenzfall für die bundesdeutschen Konversionsdebatten markiert jedoch der Zulieferer der Luftfahrtindustrie *Lucas Aerospace* in Großbritannien bereits in den 1970er-Jahren. Als Pläne zum Beschäftigungsabbau im hochgradig von Rüstungsaufträgen abhängigen Unternehmen bekannt wurden, bildeten die (verschiedenen) Gewerkschaften im Unternehmen ein gemeinsames *shop stewards combine committee*, das – unter Beteiligung der Belegschaften – 1976 einen Plan zum Umbau der Produktion – den *corporate plan* – entwickelte (Wärmepumpen, Ultraschallgeräte, Hybridmotoren). Er verstand sich als Element eines Kampfes „für das Recht auf Arbeit an vernünftigen Produkten [...], um die wirklichen Probleme der Menschen zu beseitigen statt sie zu erzeugen“. Erstmals wurde ein gewerkschaftlicher Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen mit einem Kampf um die Entwicklung einer neuen Produktpalette verknüpft. Schnell wurde deutlich, dass eine solche Verknüpfung nur umsetzbar war, wenn die betriebliche Dispositionsgewalt des Kapitals gebrochen würde. Die Protagonisten verstanden ihren Plan als Schritt „zu mehr industrieller Demokratie“. Sie waren überzeugt, dass sich „wirkliche industrielle Demokratie“ nicht „auf Arbeiterrepräsentation im Aufsichtsrat beschränken“ kann, „die Entscheidungen treffen, die längst vom oberen Management vorstrukturiert sind“ (zit. n. Albrecht 1979).

Im Herbst 1981, als das Alternativprojekt bei *Lucas Aerospace* endgültig am Widerstand des Managements scheiterte, wurde durch die IG Metall Vertrauensleute bei *Blohm & Voss*, Hamburg der erste Arbeitskreis Alternative Produktion in der von der Werftenkrise geschüttelten Küstenregion gegründet. Bis Ende 1983 entstanden ca. 40 solcher betrieblichen Arbeitskreise, nicht nur im Schiffbau und in der Rüstungsindustrie. Sie wurden durch eine eingerichtete Innovationsberatungsstelle in der IG Metall Bezirksleitung Küste unterstützt. Der IG Metall Gewerkschaftstag im Oktober 1983 unterstrich deren „Forderung nach der Vorbereitung von Umstellungen auf andere Produkte auf der Basis hochentwickelter Technologie“. Zudem gründeten sich Arbeitskreise *Techniker, Ingenieure, Naturwissenschaftler* in der IG Metall.

Die Produktivkräfte sollten unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Die in der Bundesrepublik entstandenen Ansätze basierten ähnlich der britischen Erfahrung auf einer Aktivierung der Belegschaften – des „unmittelbaren ProduzentInnenwissens“ – und Forderungen nach „erweiterter Mitbestimmung und Kontrolle“ der Unternehmen, in der „die Beschäftigten ihr Qualifikationspotential und ihre Interessen einbringen und durchsetzen können“ (Heseler/Kröger 1983, 199). Die deutschen Arbeitskreise Alternativer Produktion gingen über die britische Erfahrung insofern hinaus, als dass die Veränderung betrieblicher Entscheidungsstrukturen unmittelbar an Forderungen einer Demokratisierung regionaler Wirtschafts- und Strukturpolitik gekoppelt wurden. Forderung nach Einrichtung einer paritätisch besetzten Kommission zur Diskussion und Auswertung von Produktvorschlägen der Arbeitskreise stießen nämlich oft auf kategorische Ablehnung seitens der Geschäftsführungen – so beispielsweise bei *VFW/MBB* in Bremen. Die Arbeitskreise verstanden sich als betriebliche Ausformungen *gesellschaftlicher* Mitbestimmung. Sie verkörperten „einen Typ der Interessenvertretung mit allgemein-politischer Orientierung“ (Schomaker/Wilke/Wulf 1987, 148). Alternative Produktion auf den Werften wurde gekoppelt mit der Forderung nach „regionalen und nationalen Beschäftigungsprogrammen“, demokratischen Entscheidungsstrukturen in der regionalen Wirtschaftspolitik und der Einführung von Branchenräten (vgl. Heseler/Kröger 1983). Verstaatlichungen wurden dagegen skeptisch beurteilt, da schon der Abwehrkampf der Belegschaft auf der „Staatswerft“ *HDW* Hamburg den Staat als kapitalistischen Vorreiter desavouierte.

Obwohl getragen durch eine breite Friedensbewegung und trotz vorliegender ausgefeilter makroökonomischer Konzepte „qualitativen Wachstums“ (das Gutachten der Memorandums-

gruppe *Alternativen der Wirtschaftspolitik* trug 1982 diesen Titel) konnten sich die Ansätze der Rüstungskonversion nicht durchsetzen. Geforderte betriebsübergreifende Arbeitskreise kamen nicht zustande – auch weil hierfür die initiale Koordination der IG Metall ausblieb. Die Gewerkschaftsspitzen konzentrierten sich auf die Tradition konventioneller Tarif- und korporatistischer Krisenbewältigung. Insbesondere in der regionalen Strukturpolitik, der eine zentrale Bedeutung für den Umbau der Werften zugeschrieben wurde, entstanden in den 1980er-Jahren – wie schon in der Stahlkrise im Ruhrgebiet und im Saarland – korporatistische Krisenarrangement, die zwar die Gewerkschaftsspitzen einschlossen, die Konversionsinitiativen „von unten“ aber zunehmend marginalisierten (vgl. dazu Bettelhäuser 1989). Die IG Metall identifizierte in ihrer Erklärung auf der 8. nationalen Schiffbaukonferenz die Bestrebungen der autonomen Arbeitskreise Alternative Produktion allein als Bereitschaft der ArbeitnehmerInnen, „aktiv an der Erarbeitung von Grundlagen der Unternehmenspolitik mitzuarbeiten“ (zit. n. Hesel/ Kröger 1983, 226). Die sich darin auch artikulierende Forderung nach „Demokratie am Arbeitsplatz“ wurde dagegen weitgehend ignoriert. Die Gewerkschaftsspitzen waren noch nicht bereit, die Frage der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu stellen. Solange diese aber unangestastet und in Privatbesitz bleibt, mussten alle Konversionsstrategien in einer subalternen Funktion verharren.

Als mit dem Ende der Systemkonfrontation eine „Friedensdividende“ möglich schien und damit die Konversion der Rüstungsindustrie eine neue Renaissance erlebte, wurde Konversion auf den Ruinen demokratischer Umbauprojekte in regional- und strukturpolitischen Programmen mit EU-Unterstützung weitergeführt. Konversion degradierte weitgehend zu einer reinen Unternehmensstrategie, die zwar die Einführung betrieblicher Konversionsrunden mit Vertretern aus Management und Betriebsrat vorsah, diese „runden Tische“ aber als Elemente betrieblichen Innovationsmanagements einsaugte und den einst vorhandenen demokratiepolitischen Gehalt absprengte (vgl. Elsner 1998).

## 2. Von der betrieblichen Konversions- zur regionalen Clusterpolitik

Mit fortschreitender Globalisierung des Kapitals, in der die institutionellen Kompromisse im nationalen Sozial- und Wohlfahrtsstaat endgültig aufgekündigt wurden, erblickten Gewerkschaften in der regionalen Clusterpolitik *das* zentrale Mittel, Handlungsfähigkeit im globalen Kapitalismus überhaupt noch erreichen und sich den neoliberalen Strategien der Zerschlagung fordristischer Organisationsformen und der Förderung neuer Niedriglohnindustrien erfolgreich widersetzen zu können. „Regionalisierung“ der Politik wurde zu einem scheinbar Erfolg versprechenden Ansatz einer pfadabhängigen Modernisierung jenes Modells kapitalistischer Entwicklung, das in der internationalen Debatte gemeinhin als das „rheinische“ bzw. „koordinierte Kapitalismusmodell“ bezeichnet wurde: Weltmarktorientierte Modernisierung der Produktion sollte auf der Neuen mit korporatistischer Einbindung von Gewerkschaften, diesmal in lokale und regional politische Entscheidungs- und Tarifbildungsprozesse, verknüpft werden.

Tatsächlich haben sich einige lokale Gewerkschaftsgliederungen in den 1990er-Jahren zu integralen Bestandteilen „lokaler Allianzen“ oder sog. „regionaler Entwicklungscoalitionen“ aus Unternehmen, lokalen Staaten<sup>2</sup>, Wissenschaftseinrichtungen, Kammern und Unternehmerverbänden entwickelt (Dörre/Röttger 2006). Gemeinsam war ihnen, dass sie zunächst kriseninduziert waren. Die Initiativen sollten drohende Massenentlassungen abwehren. Sie waren aber ebenso konfliktgetrieben. Regionale Industrie- und Clusterpolitik musste sich gegen den oft erbitterten



Widerstand lokaler Eliten und durch das Aufbrechen tradierter Formen regionaler Wirtschaftsförderung durchsetzen. Das gelang keineswegs in allen Krisenregionen, sondern nur dort, wo die „alte Stärke“ der Gewerkschaften noch ausgespielt werden konnte.

### 2.1 Die konfliktbehaftete Konstitution regionaler Clusterpolitik

Im Unterschied zu frühen kritischen Stellungnahmen, die die Entstehung neuer Formen regionaler Wirtschafts- und Strukturpolitik eng mit der Ausbildung neoliberaler Formen des Politischen im Kontext kapitalistischer Globalisierung verknüpft sahen oder die jene als Mythos glaubten entlarven zu können (Esser/Hirsch 1987), waren ihre Konstitutionen keineswegs durch vorherrschende Weltmarktgesetze vorbestimmt. Konturen erlangten die lokalen Staaten erst durch ausgefochtene Konflikte und soziale Kämpfe. So beispielsweise in den traditionellen Hochburgen gewerkschaftlicher Organisation in Dortmund und Nürnberg.

In Dortmund begegneten die lokalen Gewerkschaftsgliederungen dem Niedergang der traditionell strukturprägenden Sektoren (Kohle, Stahl, Bier) auf eine doppelte Weise. Zum einen mit Gegenmacht und Kampf: Die infolge von Kapitalkonzentration (*Hoesch* geht in *Thyssen-Krupp* auf) erfolgte Entscheidung zur Schließung des Stahlstandorts Dortmund 1997 wurde zum Auslöser für eine wochenlange Streikbewegung, der es gelang, dem strukturprägenden Konzern Regionalverpflichtungen aufzuerlegen. Zum anderen entwickelten die Gewerkschaften in Kooperation mit arbeitsorientierter Wissenschaft eigenständige konzeptionelle Überlegungen zur Regionalisierung der Industrie- und Strukturpolitik. Dieser Ansatz entwickelte sich in zum Teil heftigen Auseinandersetzungen mit der regionalisierten Strukturpolitik des Landes und den Akteuren der lokalen Wirtschaftsförderung, die immer noch stark an Infrastrukturmaßnahmen klassischen Zuschnitts orientiert waren: „Strukturpolitik war für die immer Beton: Straßenbau, Gebäude und so: Infrastruktur. Das war da sehr stark drin ... Industriepolitik war da im Kern nicht drin“, so der regionale DGB-Vorsitzende.

In Nürnberg boten faktische und drohende Entlassungen in der lokal dominierenden Unterhaltungselektronik (*AEG*, *Grundig*) den Anlass für die Entstehung einer von der örtlichen IG Metall getragenen gewerkschaftlichen Regionalpolitik, die wesentlich auf zwei Säulen beruhte: in sog. „Kampf- und Projektbetrieben“ sollte das lokale Management auf einen „high-road“-Pfad der Restrukturierung verpflichtet werden; zugleich wurden eigenständige Institutionen der Krisenabfederung (Beschäftigungsgesellschaft) und der betrieblichen Modernisierung bei sanierungsbedürftigen Betrieben initiiert – auch um so Einfluss auf die Wirtschaftsförderung auszuüben.

Gewerkschaftliche Mobilisierungs- und Konfliktfähigkeit, die aus den Krisenbetrieben generiert werden konnte, bildete den Humus, auf dem kompromissgestützte oder konsensuale Arrangements im Verhältnis von Kapital, Arbeit und lokalem Staat gesucht wurden. Die Gewerkschaft konnte auf dieser Grundlage die politische Arena der Region mit der Fähigkeit zum *agenda-setting* betreten. Im Kern gelang es ihnen, drei Grundstrukturen regionaler Wirtschafts- und Strukturpolitik zu verankern: erstens eine Clusterorientierung im weitesten Sinne durchzusetzen, d.h. die regionale Wirtschaftspolitik stärker auf die Bearbeitung „endogener Potenziale“ zu verpflichten und sich nicht im Standortmarketing und der Ansiedlung auswärtiger Unternehmen zu erschöpfen; zweitens partizipatorische Formen politischer Entscheidungsfindung unter Einschluss der Gewerkschaften zu generieren; drittens einen *policy-mix* regionaler Wirtschaftspolitik aus Modernisierungs- und Beschäftigungspolitik zu etablieren.

## 2.2 Von der Clusterpolitik zum Clustermanagement

„The proof of the pudding is in the eating“ (MEW 22, 296), formulierte schon Friedrich Engels. Die von den lokalen Gewerkschaftsgliederungen erzwungenen Institutionen der regionalen Clusterpolitik entwickelten sich jedoch anders, als die sie „schaffende Macht“, die in den lokalen Zivilgesellschaften sichtbare Gewerkschaftsbewegung, sich dies vorstellte:

Im *dortmund-project* wurden die Clusterorientierung in der Ruhrgebietsmetropole gebündelt. Die industriepolitischen Ziele wurden auf eine Vielzahl von „operativen Einheiten“ zur Förderung der Mikrosystemtechnik oder der Logistik heruntergebrochen. Organisatorisch arbeiteten sie als Public-Private-Partnerships. In diesem Umsetzungsprozess wurden zunehmend Brüche kenntlich. Während nämlich in der Definitionsphase und in den oberen Steuerungsgremien der gebündelten Clusterpolitik sich Elemente einer ausgeprägten Beteiligungskultur von Gewerkschaften nachweisen ließen, schwand auf der operativen Ebene der Umsetzung von Clusterprojekten sowohl Einfluss als auch formale Beteiligung der Gewerkschaften deutlich. Dass in den arbeitenden Clusterinitiativen zur Förderung der Mikrosystemtechnik oder der Logistik gewerkschaftspolitische Ziele kaum berücksichtigt wurden, wurde als in der „Natur der Sache“ begründet gesehen: „Das müssen Sie verstehen, dass wir bei dem, was wir tun, die Gewerkschaften nun wirklich nicht im Kopf haben. Hier geht es um die Unternehmen“, so der Geschäftsführer einer Clusterinitiative.

In Nürnberg waren die entstandenen Kompetenzinitiativen vereinsförmig organisiert. Oft wurden die Geschäftsführungen von fokalen Unternehmen für diese Tätigkeit freigestellt. Gewerkschaftliche Beteiligung war formell in allen Initiativen möglich, stieß aber systematisch an Grenzen. Ähnlich wie in Dortmund wurde eingeräumt, dass dies möglicherweise in der „Natur der Sache“ liege. Im unternehmerisch geprägten Vorstand der Kompetenzinitiativen ginge es primär um „Umsatz, Gewinn und Unternehmensansiedlungen“. Während der industriepolitische Ansatz der IG Metall eigentlich Instrumente der Krisenintervention schaffen wollte, folgten die realisierten Kompetenzinitiativen zunehmend weniger dieser Logik. Die Kompetenzinitiativen wurden auf eine strikte Modernisierungspolitik orientiert, die den lokalen ManagerInnen ohnehin als bessere Krisenprävention galt. Die IG Metall erschien als Sachwalterin strukturkonservativer Interessen, weil sie immer wieder versuchte, „Kompetenzinitiativen zur Krisenintervention zu instrumentalisieren, was nicht geht: Das können die nicht“. Finanziert wurde primär, was zur weltmarktorientierten Schwerpunktsetzung des Landes passte. Die Verlierer und Verliererinnen der Modernisierung gerieten weitgehend aus dem Blick.

In die regionalen Krisenpolitiken hatten sich Dynamiken eingewoben, die ihren ursprünglichen Kern zunehmend unterminierten. An die Stelle von Strategien der Krisenintervention (Nürnberg) oder des Einklangs von Wirtschafts- und Beschäftigungsorientierung (Dortmund) trat ein vermeintlich alternativloses „Veränderungsmanagement“. Es entstanden Modernisierungsgagenturen der regionalen Ökonomie, die sich über *Businesspläne* exekutierten. Strukturpolitik wurde damit zu einer „grundsätzlich anderen Party“ – so ein (ehemaliger) Wirtschaftsförderer. Als Modernisierungsgagenturen agierendes Clustermanagement glaubte von nun an, auf eine starke, d.h. auch effiziente Exekutive angewiesen zu sein. Strategische Bündnisse mit den Gewerkschaften und demokratische „Beteiligungsrituale“ gehörten nicht mehr zu ihrem Repertoire. Die Zeiten des „experimentellen Regionalismus“ (Sabel 1987, 37) hatten sich Ende der 1990er-Jahre deutlich erschöpft.

Im *Clustermanagement* kam ein im Vergleich zur gewerkschaftlichen *Clusterpolitik* grundlegend verändertes politisches Repräsentationsregime zum Ausdruck: Im Clustermanagement agierten inzwischen lokale Akteure und Akteurinnen, die die Region im internationalen Wettbe-

werb günstig positionieren wollten, hegemonial; Clusterpolitik dagegen basierte noch auf einem Klassenkompromiss. Damit aber fungierten Regionen nicht mehr als Bastionen eines „rheinischen Kapitalismus“. In ihnen walteten vielmehr Kräfte, die auf eine Pfadüberwindung des Entwicklungsmodells hinwirkten. Regulationsversprechen, die bei den beteiligten Gewerkschaften immer mitschwangen, blieben zunehmend unabgeholten. Es entstand – so ein Wirtschaftsförderer – „eine verkürzte Verfallzeit gemachter und dann gebrochener Versprechen“.

Indem sich die starken lokalen Gewerkschaftsgliederungen auf einen scheinbar in der Clusterpolitik realisierbaren „politischen Tausch“ einließen – Akzeptanz von Strategien zur (Wieder-) Herstellung regionaler Wettbewerbsfähigkeit im Tausch gegen Beteiligung an regionalen Entscheidungsprozessen und Arbeitsmarktprojekten –, ebneten sie bereits zugleich den Weg für die lokalen Eliten, die regulativen Elemente der Clusterpolitik zu „verdauen“ und in „Integrationslogik“ zu verwandeln, so Lelio Basso (1975, 147) früh über die historischen Fehler allein reformistischer Strategien der ArbeiterInnenbewegung. Die Gründe des regionalen Konstitutionswandels waren aber komplexer.

### 2.3 Bestimmungsfaktoren des politischen Konstitutionswandels

„Arbeiterbewegung in Dortmund – das war immer ein Aufruf am Fahrradschuppen von Hoesch“, so hat der DGB-Vorsitzende in Dortmund die einstige Stärke der Gewerkschaftsbewegung in der lokalen Zivilgesellschaft charakterisiert. Mit der Zerschlagung großbetrieblicher Strukturen sind jedoch diese Bastionen der ArbeiterInnenbewegung verschwunden. Die in den Clusterinitiativen des *dortmund-projects* durchaus erfolgreich geförderten neuen Zukunftsbranchen waren vor allem kleinbetrieblich und kaum gewerkschaftlich organisiert. Im Prozess dieses „radikalen Strukturwandels“ (Dörre/Röttger 2006) verloren Gewerkschaften etwas, was einst konstitutiv für ihr Engagement in der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik war: die Fähigkeit zur Organisation lokaler ArbeiterInnenmacht, auf deren Grundlage Kapitalfraktionen und Politik in der Region zu Kompromissen gezwungen und der politischen Konstitution der Region spezifische Merkmale aufgeherrscht werden können. Die neu geschaffene institutionelle Macht der Gewerkschaften in den Steuerungskreisen (etwa des *dortmund-projects*) konnte diese Erosion nicht kompensieren. Von einer „Einheit“ betrieblicher und lokal-zivilgesellschaftlicher Kämpfe konnte inzwischen nicht mehr die Rede sein. Demokratietheoretisch kann aufgrund dieser Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen der regionalen Zivilgesellschaft von der Ausbildung neuer (strategischer) „Selektivitäten“ des geschaffenen politischen Institutionensystems gesprochen werden<sup>3</sup>.

Für Nürnberg spricht ein örtlicher Wirtschaftsförderer dagegen von „Schneeverwehungen“, die durch die Globalisierung des Kapitalismus verstärkt in die Region hineingetragen wurden und mit dem geschaffenen Instrumentarium der regionalen Industrie- und Strukturpolitik nicht mehr geräumt werden konnten. Er verweist somit auf eine weitere treibende Kraft der politischen Rekonstitution der Regionen: einen „Sachzwang Weltmarkt“, den Elmar Altvater (1987, 87) zu Recht als einen gesellschaftlichen Transformationsprozess charakterisiert hat,

*wie exogene Strukturen endogenisiert werden bzw. wie die artikulierte Konfiguration von ökonomischen Entwicklungstendenzen des Weltmarktes, von politischen Interventionen zur hegemonialen Blockbildung, dem sozialen Handeln der Akteure in einer regionalen Gesellschaft und den je besonderen natürlichen Reproduktionsbedingungen in der Region zustande kommt.*



Diese „Interiorisierung“ (Nicos Poulantzas) global-kapitalistischer Machtstrukturen bildet ein unverzichtbares Moment auch einer Analyse von politischen Prozessen auf regionaler Ebene. Objektive Strukturen der Kapitalreproduktion im Weltmaßstab *durchdringen* die politischen Arenen, hegen sie ein und pressen sie in Formen, die mit dem vorherrschenden ökonomischen Restrukturierungsprinzip im Einklang stehen. Solche prozessierenden Verhältnisse von objektiven Strukturen des Kapitalismus und Akteurskonstellationen haben Gilbert Ziebura et al. (1974, 27) auf den Begriff einer „transnationalen Herrschaftssynthese“ gebracht – einer immer wieder wirkungsmächtig werdenden Konstellation, in der sich nicht nur „Gruppen mit kompatiblen Interessenlagen“ auf verschiedenen Ebenen zum Machtblock verbünden, sondern zugleich ökonomische „Mechanismen der internen und externen Stabilisierung solcher Koalitionen“ schaffen. Regionen wurden nicht zu autonomen Sphären des Politischen – und konnten es auch nicht werden. Faktisch erwies sich die sog. „Regionalisierung der Politik“ als Bestandteil einer gründlichen Restrukturierung des kapitalistischen Staates, die Colin Crouch (2008, 13) inzwischen als „postdemokratische“ Entwicklungstendenzen identifiziert hat:

*Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind [...], entwickeln sich politische Verfahren [...] in eine Richtung zurück, die typisch war für vor-demokratische Zeiten: der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge in das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.*

#### 2.4 Kapitalistische Krisen als Triebkräfte demokratischer Konstitution der Regionen?

Infolge des oft „hinter dem Rücken“ der Akteure waltenden politischen Konstitutionswandels der Regionen erscheint vielen lokalen Gewerkschaftsgliederungen inzwischen das Handlungsfeld Region als „verbrannt“. Und tatsächlich lassen sich unter dem Druck der Krise kaum Veränderungsdynamiken in den bestehenden regionalen Clusterpolitiken nachweisen. Die Konstitution zeigt sich unerschrocken – und agiert als integraler Bestandteil einer restaurativen Krisenpolitik. „Legitimationsprobleme“ des bürgerlichen Staates, wie sie Claus Offe oder Jürgen Habermas noch für die 1970er-Jahre konstatierten, entstehen für das regionale Clustermanagement erst gar nicht, weil ihre Konstitution der Klassenpolitik weder auf der Organisation von Klassenkompromissen noch auf der Garantie eines gesellschaftlichen Reichtums „für alle“ basiert.

Nicht auf dem institutionalisierten Terrain der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik kommen Gewerkschaften in der Krise deshalb zu neuer Akzeptanz, sondern auf dem Terrain des Makro-Korporatismus auf nationalstaatlichem Terrain, das sich von der Tradition des „Gemeinwohls“ oder der Existenz eines „ideellen Gesamtkapitalisten“ noch nicht vollständig emanzipieren konnte. Bundeskanzlerin Merkel lobte in der Krise die Verdienste der gewerkschaftlichen Mitbestimmung und wehrte sich – in der neuen schwarz-gelben Regierungskoalition – gegen den von FDP und Arbeitgeberverbänden eingeforderten Abbau arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen. Die „Rückkehr des Staates“ in der Krisenpolitik schien für die Gewerkschaften erneut das politisch-staatliche Terrain zu öffnen: tripartistische Formen der Krisenregulierung im Dreieck aus Kapital, Staat und Gewerkschaften.

Ungeachtet dessen aber bildeten sich auch einige zarte Pflanzen autonomer gewerkschaftlicher Politik in den Regionen neu heraus, die hier auch die „demokratische Frage“ neu aufwarfen. Etwa beim Hersteller moderner Vakuumpumpen, *Sterling SiHi*, im norddeutschen Itzehoe 2009: Im Rahmen der gewerkschaftlichen „Besser-statt-billiger“-Strategie wurde dem Unterneh-

men ein Innovationsprogramm abgerungen, in dem Belegschaft und Betriebsrat in Zusammenarbeit mit dem Management Vorschläge für neue Produkte, Arbeitsprozesse und Unternehmenskultur entwickeln. Bei der *Volkswagen AG* wurde inzwischen ein tarifvertraglich abgesicherter Innovationsfonds für die Entwicklung alternativer Produkte eingerichtet, über dessen Verwendung die „Träger der betrieblichen Mitbestimmung“ entscheiden. Inzwischen werden im (bedrohten) VW-Motorenwerk in Salzgitter – unterstützt durch diesen Fonds – auch Blockheizkraftwerke produziert.

Oder im Abwehrkampf der IG Metall in Esslingen am Neckar: Dort initiierte die örtliche IG Metall Verwaltungsstelle einen Arbeitskreis, in dem die in Kurzarbeit gesetzten Ingenieure der ansässigen Automobilzulieferer- und Maschinenbauunternehmen Konzepte „alternativer Produktion“ diskutierten. Esslingen als Standort des für das *Exportmodell Deutschland* essenziellen Maschinenbaus wurde vom Kollaps des privatisierten Keynesianismus in den USA besonders getroffen. Hier entwickelten sich auch weitergehende Ansätze. Einstige Standortstärken, die aus dem industriellen Spezialisierungsprofil der Region erwachsen, mutierten in der Krise zu „fatalen Schwächen“ (Süddeutsche Zeitung, 25.9. 2009): Bei einigen Unternehmen brachen die Aufträge um 80% ein. Massenentlassungen drohten, die bislang noch durch intensive Nutzung der Kurzarbeit verhindert werden konnten. Der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Esslingen befürchtete jedoch, dass „wenn die Nachfrage nicht bald anzieht“ auch bald „vielen Firmen die Luft ausgehen“ werde und die „dann wohl auch nicht mehr die Liquidität für einen Sozialplan haben werden“ (zit. n. Esslinger Zeitung, 12.6. 2009).

In Insolvenzkrisen sind auch einem korporatistischen Krisenmanagement zum sozialverträglichen Beschäftigungsabbau enge Grenzen gesetzt. In der Stahlindustrie der 1980er-Jahre standen zum einen Mittel der EU zu Verfügung, zum anderen konnten Unternehmen durch massiven Druck der Belegschaften zur Finanzierung von Beschäftigungsgesellschaften gezwungen werden. Im klein- und mittelständisch strukturierten Esslinger Maschinenbau wurden gewerkschaftliche Vertretungsstrukturen und Tarife in den Betrieben zum Teil erst in der aktuellen Krise erzwungen. Unter der Losung *Dieser Landkreis ist systemrelevant* forderte die örtliche IG Metall die Gründung eines Regionalfonds, der zum Hebel einer Demokratisierung regionaler Industrie- und Strukturpolitik werden soll. Da sich die Banken bisher weigern, die geringen (Leit-)Zinssätze an Unternehmen weiterzugeben, müssten – so die IG Metall – neuartige Kontrollstrukturen geschaffen werden, um die Unternehmensfinanzierung sicherzustellen. Der bundesfinanzierte Regionalfonds, der vor allem durch Gelder von staatlich gestützten oder quasi verstaatlichten Banken finanziert werden sollte, sollte trilateral aus Gewerkschaft, Kapital und lokalem Staat besetzt sein. Indem er den Unternehmen einen bestimmten Betrag an Eigenkapital zur Verfügung stellt, würde der Fonds eine Beteiligung am Unternehmen erwerben, weil „die Geschäftsführungen“ ohnehin in einer solchen Situation „mit ihrem Latein [...] am Ende“ seien – so der Erste Bevollmächtigte der Esslinger IG Metall, Sieghard Bender. Bereits in der regionalpolitischen Strategien „Erhalt industrieller Kerne“ konnte Bender als Bevollmächtigter in Chemnitz mit einem solchen Vergesellschaftungsansatz Erfolge erzielen und auch einen insolventen Maschinenbaubetrieb in eine Mitarbeitergesellschaft überführen (Dörre/Röttger 2006, 216ff.). Die vereinte Bankenmacht hat inzwischen allerdings die Eigentumsfrage neu aufgeworfen und den Einstieg eines privaten Investors erzwungen (Handelsblatt, 15.9. 2009).

Die Reaktivierung dieses Ansatzes in der jüngsten kapitalistischen Krise in Esslingen zeigt zunächst, dass Krisenpolitik der Gewerkschaften in erster Linie der Logik des *Abwehrkampfes* folgt. Unter den Bedingungen ökonomischer Krisen sind Gewerkschaften gezwungen, bestehende Arbeitsplätze und arbeitspolitische Regulationen im Interesse ihrer Mitglieder zu verteidigen.

Diese Abwehrpolitik aber geht über ihre „strukturkonservative Komponente“ hinaus: das Verhindern von Massenentlassungen bewirkt auch, dass Machtquellen der Interessenpolitik nicht weiter versiegen und überhaupt den Weg in eine neue „Offensive“ ebnen können. Oft brechen solche „konservativen“ Krisenstrategien auch bereits mit eingeschliffenen politischen Formen der Konfliktaustragung zwischen Lohnarbeit und Kapital. Gewerkschaftliche Krisenstrategien sind so immer zunächst in der „institutionell determinierenden Logik“ befangen (im Esslinger Beispiel: Trilaterale im Regionalfonds; in anderen Regionen: betriebliches Konversionsmanagement unter Beteiligung der BetriebsrätInnen), wie sie zugleich einen „Angriff auf diese Logik“ (Piven/Cloward 1986, 8) darstellen, indem sie sukzessive die Verfügungsgewalt des Kapitals infrage stellen können und so mit dem *Deal* – „Eigentumsrechte gegen materielle Zugeständnisse“ – brechen. Derartige „unkonventionelle Formen“ gewerkschaftlicher Politik können – mit Marx' Formulierung in seinen *Instruktionen für die Delegierten des Zentralrats* der Internationalen Assoziation –

*praktisch [...] zeigen, dass das bestehende despotische und Armut hervorbringende System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital verdrängt werden kann durch das republikanische und segensreiche System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten. (MEW 16, 195)*

## II. Demokratiepolitische Konsequenzen

Der (verkürzte) Streifzug durch die kurze Geschichte demokratischer Aneignungspolitiken der bundesdeutschen Gewerkschaften in den Regionen (und ihre historische Abreibung) zeigt, dass die Forderung nach Demokratie „vor Ort“ immer wieder neu entstehen kann. Sie entsteht vor allem dort, wo Gewerkschaften noch über Organisationsmacht in den Betrieben verfügen, über „einen Kern von Leuten im Betrieb“, ohne den „konfliktfähige“ Gewerkschaftspolitik in der Region nicht möglich ist, so ein IG-Metall-Bevollmächtigter.

Nach den gescheiterten Versuchen einer Rekonstruktion der Merkmale eines korporativen Kapitalismus in der regionalen Clusterpolitik jedoch sind gewerkschaftliche Praxen – wie zu Beginn ihrer Geschichte – zunehmend wieder auf die Organisation autonomer Machtquellen zurückverwiesen. Die Erfahrung der bundesdeutschen Gewerkschaften seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre lehrt nämlich, dass sie sich vor allem deshalb in ein grundlegendes Dilemma manövrierten, weil sie einerseits die makroökonomisch, nun angebotspolitische und monetaristische „Einschränkung des Handlungsrahmens“ weitgehend akzeptieren. Weil aber andererseits ihre Strategie in dem „wesentlichen Bezugspunkt ihrer Politik“ weitgehend unverändert blieb, mussten sie notwendigerweise eine politische Engführung ihrer Interessenpolitik sowohl auf nationalstaatlicher Ebene wie in den Betrieben hinnehmen (Kastendiek et al. 1981, 152).

Gewerkschaften sind gerade im Prozess einer demokratischen Organisation der Konversion des bisherigen ökonomischen Entwicklungspfades gezwungen, wollen sie nicht (erneut) zu Juniorpartnern einer Politik werden, aus der sie nur als Verlierer hervorgehen können, sich nicht mehr auf das bestehende „institutionelle Regulationsgefüge“ in den Betrieben und den Regionen zu verlassen. Zwei Gründe dafür lassen sich aus den Erfahrungen erkennen:

*Erstens* haben die auch in autonomen gewerkschaftlichen Arbeitskreisen entwickelten Konzeptionen „alternativer Fertigung“ gezeigt, dass sie immer wieder als Instrumente für die Erschließung neuer Geschäftsfelder von den Unternehmen in den Dienst gestellt werden können.

Auch der jüngst zu beobachtende Wandel in der Konversionsdebatte – von Forderungen nach Konversion des sozio-ökonomischen Entwicklungspfades und Demokratisierung betrieblicher Produkt- und Innovationspolitik hin zur Entwicklung neuer betrieblicher Produktlinien und Diversifizierung der Produktion (Röttger 2011) – zeigt die deutliche Tendenz, dass Demokratisierungsprojekte „von unten“ wieder in kapitalistische „Integrationslogik“ (Lelio Basso) verwandelt werden können. Gleiches gilt ohne Zweifel für die Industrie- und Strukturpolitik. In ihrer gegenwärtigen Konstitution „verdauen“ sowohl betriebliche Innovations- wie regionale Umbaustrategien Konversionsansätze und verwandeln sie in Projekte kapitalistischer Modernisierung. Konversionsstrategien können nicht in eine bestehende Betriebsverfassung oder Industrie- und Strukturpolitik hineingetragen werden; sie müssen vielmehr deren Konstitution verändern. Betriebliche Konversionsansätze können sich nicht darauf verlassen, dass mit der Eroberung neuer Märkte durch neue Produkte der Klassenkompromiss auf der betrieblichen Ebene wieder zu neuer Ehre kommt (das zeigen auch die neueren Erfahrungen). Auch in den florierenden Unternehmen auf den „neuen Märkten“ bleibt das forcierte Abpressen von Mehrarbeit die Regel.

*Zweitens:* „Über das Fleisch, das euch in der Küche fehlt / Wird nicht in der Küche entschieden“, dichtete Bertolt Brecht in *Die Mutter* und brachte so schon die strukturellen Grenzen einer allein betrieblichen oder regionalen Strategie der Demokratisierung auf den Punkt. Zudem setzt heute die transnational integrierte Produktion alternativen Fertigungskonzepten auf der einzelbetrieblichen Ebene enge Grenzen. Die Übernahme von Produktionsstätten durch die Belegschaften steht unter den Bedingungen transnational integrierter Produktion vor ganz neuen Problemen, die in den 1980er-Jahren sich so noch nicht herausgebildet hatten. Zum einen haben Konzepte „schlanker Produktion“ eine neue Qualität von Zulieferbeziehungen entstehen lassen, die Konvergenzstrategien des Endherstellers zu tendenziell weltweiten Problemen einer Branche werden lassen. Zum anderen stehen teilweise Anlagesteuerungen in den Betrieben gar nicht mehr betrieblich zur Verfügung. „Alternative Produktion“ erfordert heute ein stärkeres Maß an transnationaler Koordination. Auch hier kann sich eine auf Demokratisierung der Wirtschaft verpflichtete Gewerkschaftspolitik keiner bestehenden politischen Regulationsinstanz sicher sein, die sie hierin unterstützt. Auch in Unternehmen, in denen eine transnationale, zumeist europäische Vertretungsstruktur existiert, gewinnen in Krisenzeiten immer wieder Standortchauvinismen die Oberhand und verhindern eine demokratische Reorganisation der Produktion.

Colin Crouch beendete seine Studie zur „Postdemokratie“ mit einem Blick auf die sozialen Kämpfe, die einst ein „Interregnum“ konstituierten, das „aus heutiger Sicht“ zum „Inbegriff des sozialen Friedens“ geworden sei: den fordistischen Klassenkompromiss der sog. Nachkriegsordnung. Er fragt, welche Konflikte „den globalen Unternehmen“ heute noch „eine solche Angst um ihre Gewinne einjagen, dass ihre Vertreter an den Verhandlungstisch zurückkehren?“ (2008, 156f.).

Vielleicht war aber genau das eine Fragestellung, die die deutschen Gewerkschaften in der Regionalpolitik bisher immer wieder in den Strudel der Subalternität spülte. Alle empirischen Erfahrungen zeigen, dass Strategien der Demokratisierung der Region heute sich nicht mehr auf einen institutionellen Korporatismus stützen können. Das Verharren der Gewerkschaften in den noch bestehenden Strukturen oder das Beharren auf die Einhaltung solcher korporatistischer Regeln dort, wo sie erodiert sind, ist nicht mehr imstande, den schleichenden Verlust gewerkschaftlicher Macht aufzuhalten. Bereits Rosa Luxemburg hat in *Die Krise der Sozialdemokratie* zeigen können, dass „proletarische Realpolitik“ nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie „immer über das Bestehende und das Neugeschaffene“ hinausgeht (GW 4, 158), wenn sie prozesshaft

die Handlungskorridore für weitergehende Forderungen eröffnet. Gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht innerhalb der vorherrschenden kapitalistischen Entwicklungsweise sind heute aber enge Grenzen gesetzt. Der Regulationstheoretiker Alain Lipietz (1991, 679) unterschied deshalb zwischen Kämpfen, die innerhalb eines politökonomischen Paradigmas verbleiben und solchen „gegen das hegemoniale Paradigma“. Letztere bezeichnen einen hoch voraussetzungsvollen Prozess, der sicherlich immer wieder von Rückschritten begleitet sein wird und durch Klassenkompromisse abgesichert werden muss.

Der einmal errungene Klassenkompromiss, so die Lehre aus den Erfahrungen der letzten 40 Jahre, darf aber nie als Endpunkt, als das eigentliche Ziel einer dann nichts mehr „als *Prozess* verstandenen Praxis“ (Abendroth 1972, 392) begriffen werden. Jede auf Demokratie zielende Praxis, auch die der lokalen und regionalen Gewerkschaften, muss – um mit Oskar Negt (1976, 491) zu sprechen – in einem „Prozess einer sozialistischen Demokratisierung“ die besonderen Bedingungen immer wieder herstellen, die demokratische Alternativen zu einem hegemonialen Entwicklungsparadigma des Kapitals erst ermöglichen.

#### ANMERKUNGEN

- 1 Der Autor dankt den HerausgeberInnen und den anonymen GutachterInnen für wertvolle Hinweise.
- 2 Von lokalen Staaten kann erst seit den 1970er-Jahren gesprochen werden. Erst hier wurden in den Regionen Ansätze eigenständiger Krisenpolitik jenseits der Vorgaben nationalstaatlicher Entwicklungsstrategien erprobt (vgl. dazu Röttger 2008).
- 3 Mit dem Konzept der Selektivität des politischen Systems gelang der kritischen Politikwissenschaft der Nachweis, dass die „Binnenstruktur des politischen Systems“ die Durchsetzung kapitalistischer Klasseninteressen systematisch „selektiv“ begünstigt (Offe 1972, 73). Weil sich in das politische System „non-decisions“ systematisch einlagern (Bachrach/Baratz 1977), bildet sich strukturelle und klassenspezifische Selektivität des Staates aus, die deutlich mit den Interessen des aktuellen kapitalistischen Verwertungsprozesses korrespondiert.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Abendroth*, Wolfgang (1972). *Antagonistische Gesellschaft und Politische Demokratie*, Neuwied/Berlin.
- Albrecht*, Ulrich (1979). *Alternative Produktion: Das Beispiel Lucas Aerospace*, in: *Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1978/79: Arbeiterinteressen gegen Sozialpartnerschaft*, Berlin/W., 204–216.
- Altvater*, Elmar (1987). *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien*, Hamburg.
- Bachrach*, Peter/Morton S. *Baratz* (1977). *Macht und Armut. Eine theoretisch-empirische Untersuchung*. Frankfurt am Main.
- Basso*, Lelio (1975). *Die Rolle der Legalität in der Phase des Übergangs zum Sozialismus*, in: ders.: *Gesellschaftsformation und Staatsform*, Frankfurt am Main, 136–186.
- Bettelhäuser*, Fritz (1988). *Entwicklungsgesellschaft Werften – eine Idee von oben. Gespräch mit Fritz Bettelhäuser, Betriebsrat auf der Bremer Vulkan-Werft*, in: *Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1988/89: Zweidrittelgesellschaft – Eindrittelgewerkschaft*, Berlin/W., 46–53.
- Candeias*, Mario/Klaus *Dörre*/Bernd *Röttger* (2011). *Betriebsräte in der Zivilgesellschaft. Interessenvertretung zwischen Wettbewerb und überbetrieblichem Engagement*, Münster (i.E).
- Crouch*, Colin (2008). *Postdemokratie*, Frankfurt am Main.
- Crouch*, Colin (2009). *Vom Urkeynesianismus zum privatisierten Keynesianismus – und was nun?*, in: *Leviathan*, Jg. 37 (2), 318–326.
- Dörre*, Klaus/Bernd *Röttger* (2006). *Im Schatten der Globalisierung. Strukturpolitik, Netzwerke und Gewerkschaften in altindustriellen Regionen*, Wiesbaden.
- Elsner*, Wolfram (1998). *Konversion als Innovation. Die bremische Konversionsförderung 1992 bis 1995. Evaluierungsbericht*, Bremer Schriften zur Konversion, Münster/Hamburg.



- Esser, Josef/Wolfgang *Fach*/Werner *Väth* (1983). Krisenregulierung. Zur politischen Durchsetzung ökonomischer Zwänge, Frankfurt am Main.
- Esser, Josef/Joachim *Hirsch* (1987). Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie – Von der Fordismuskrise zur postfordistischen Regional- und Stadtstruktur, in: Walter *Prigge* (Hg.): Die Materialität des Städtischen, Basel/Boston, 31–56.
- Gramsci*, Antonio (1980). Zu Politik, Geschichte und Kultur. Hg. v. Guido Zamis, Leipzig.
- Heseler*, Heiner/Hans Jürgen *Krüger* (Hg.) (1983). Stell' Dir vor, die Werften gehören uns ... Krise des Schiffbaus oder Krise der Politik, Hamburg.
- Heseler*, Heiner/Hans Jürgen *Krüger* (1983). Alternativen zur gegenwärtigen Schiffbaupolitik, in: dies, (Hg.): Stell' Dir vor, die Werften gehören uns ... Krise des Schiffbaus oder Krise der Politik, Hamburg, 186–201.
- Kastendiek*, Hans/Hella *Kastendiek*/Hugo *Reister* (1981). Inkorporierung der Gewerkschaften? Zum Verhältnis von Staat – Kapital – Gewerkschaften und zum Adressatenproblem einer alternativen Wirtschaftspolitik, in: Alternative Wirtschaftspolitik 3: Monetäre Restriktionen: die Inflationsbekämpfung, Berlin/W., 144–177.
- Lipietz*, Alain (1991). Demokratie nach dem Fordismus, in: *Das Argument*, Jg. 33, Nr. 189, 677–694.
- Luxemburg*, Rosa. Gesammelte Werke (GW), Berlin/DDR.
- Marx*, Karl/Friedrich *Engels*. Marx-Engels-Werke (MEW), Berlin/DDR.
- Negt*, Oskar (1976). Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral, Frankfurt am Main.
- Offe*, Claus (1972). Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt am Main.
- Piven*, Frances Fox/Richard A. *Cloward* (1986). Aufstand der Armen, Frankfurt am Main.
- Röttger*, Bernd (2008). Der lokal erweiterte Staat. Konstitution und Konstitutionswandel einer politischen Arena – eine staatsrechtliche Kritik, in: Wolfgang *Krumbein*/Hans-Dieter von *Frieling*/Uwe *Kröcher*/Detlev *Sträter* (Hg.): Kritische Regionalwissenschaft. Gesellschaft, Politik, Raum – Theorien und Konzepte im Überblick, Münster, 110–132.
- Röttger*, Bernd (2011). Betriebliche Konversion zwischen kapitalistischer Modernisierung und demokratisch-sozialistischer Transformation, in: Mario *Candeias*/Rainer *Rilling*/Bernd *Röttger*/Stefan *Thimmel* (Hg.): Globale Ökonomie des Autos. Mobilität, Arbeit, Konversion, Hamburg (i.E.).
- Sabel*, Charles F. (1987). Regional Prosperities Compared: Massachusetts and Baden-Württemberg in the 1980s, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (IIM/87–10b).
- Schomaker*, Klaus/Peter *Wilke*/Herbert *Wulf* (1987). Alternative Produktion statt Rüstung. Gewerkschaftliche Initiativen für sinnvolle Arbeit und nützliche Produkte, Köln.
- Ziebur*a, Gilbert/Franz *Ansprenger*/Gerhard *Kiersch* (Hg.) (1974). Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Forschungsstrategie und -programm eines Sonderforschungsbereichs, Berlin/W.

#### AUTOR

Bernd RÖTTGER, geb. 1961, Dipl.-Pol., Dr. rer. pol. Z. Zt. freier Sozialwissenschaftler, Bildungsarbeiter und Autor sowie Lehrbeauftragter an den Universitäten Wien und Jena. Redakteur der Zeitschrift *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur Politischen Ökonomie, zur Staats- und Regulationstheorie, zur Arbeits- und Gewerkschaftspolitik, u.a.: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Münster 1997; Im Schatten der Globalisierung. Strukturpolitik, Netzwerke und Gewerkschaften in altindustriellen Regionen, Wiesbaden 2006 (mit Klaus *Dörre*); Kapitalismen, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7/1, Hamburg 2008, 227–238; Krisen des Kapitalismus – historische Perspektiven, in: *Das Argument*, Jg. 51(5), 758–766; Wege in die Befreiung der Arbeit. Traditionen, Erfahrungen und Perspektiven aus der Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, in: Sabine *Gruber*/Frigga *Haug*/Stephan *Krull* (Hg.): Arbeiter wie noch nie!? Unterwegs zur kollektiven Handlungsfähigkeit, Hamburg 2010, 37–61.

Korrespondenzadresse: Gaußstr. 30, D-38106 Braunschweig  
E-Mail: bernd.roettger@ruhr-uni-bochum.de, bernd.roettger@univie.ac.at